



Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

Vergabenummer: 2026.02
Vergabeverfahren: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach § 17 VgV
Auftragsgegenstand: Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik
RWTH Aachen
Auftraggeber: Universitätsklinikum Aachen AÖR
Pauwelsstraße 30
52074 Aachen

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Präambel	4
1 Allgemeine Informationen.....	5
1.1 Auftraggeber	5
1.2 Beschaffungsdienstleister	5
1.3 Auftragsgegenstand	5
2 Vergabeverfahren	6
2.1 Vergabeverordnung und Verfahrensart	6
2.2 Veröffentlichung	6
2.3 Ablauf des Vergabeverfahrens	7
2.4 Vergabeunterlagen.....	7
2.5 Vergabeplattform und Kommunikation.....	8
2.6 Sprache.....	9
3 Verfahrensbedingungen.....	9
3.1 Teilnahme- und Angebotsbedingungen	9
3.2 Verschwiegenheitserklärung und Vertraulichkeit	9
3.3 Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen.....	10
3.4 Gewährleistungsausschluss.....	10
3.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	10
3.6 Entschädigung	11
3.7 Aufhebung des Verfahrens.....	11
3.8 Bewerber-/Bietergemeinschaften	11
3.9 Unterauftragnehmer und andere Unternehmen	12
3.9.1 Unterauftragnehmer (§ 36 VgV)	12
3.9.2 Eignungsleihe (§ 47 VgV)	12
4 EU-weiter Teilnahmewettbewerb	13
4.1 Teilnahmebedingungen	13
4.1.1 Nachweis der Eignung und Eignungskriterien	13
4.1.2 Inhalt und Form des Teilnahmeantrags.....	14
4.2 Einreichung des Teilnahmeantrags.....	15
4.2.1 Schlusstermin für die Einreichung von Teilnahmeanträgen (Teilnahmefrist)	15
4.2.2 Berichtigung/Änderung/Rücknahme eines Teilnahmeantrags.....	15
4.3 Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Bewerber	16
4.3.1 Formale Prüfung	16
4.3.2 Inhaltliche Eignungsprüfung	16
4.3.3 Begrenzung der Bewerberzahl.....	16
4.3.4 Ausschluss nicht qualifizierter Bewerber	17

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

5	Angebots- und Verhandlungsphase.....	19
5.1	Angebotsbedingungen / Anforderungen an das Angebot	19
5.1.1	Angebotserstellung und Vertragsunterlagen	19
5.1.2	Inhalt und Form des Angebots	19
5.1.3	Nebenangebote, mehrere Hauptangebote	19
5.1.4	Vertragsbestandteile	20
5.2	Einreichung des Angebots	20
5.2.1	Schlusstermin für die Einreichung von Angeboten (Angebotsfrist)	20
5.2.2	Berichtigung/Änderung/Rücknahme eines Angebots	21
5.3	Prüfung und Wertung eingegangener Angebote	21
5.3.1	Formale und inhaltliche Prüfung des Angebots.....	21
5.3.2	Eignungsprüfung	22
5.3.3	Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebotspreise	22
5.3.4	Wirtschaftlichkeitswertung anhand der Zuschlagskriterien	23
5.3.5	Gewichtung und Skalierung	26
5.4	Weiteres Vorgehen nach der Angebotsprüfung- und wertung	27
5.5	Vergabeentscheidung und Zuschlags-/Auftragserteilung	27

Präambel

Dieses Dokument beschreibt die Verfahrensbedingungen und den Ablauf der Ausschreibung zur Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen. Es legt die maßgeblichen Rahmenbedingungen für das Vergabeverfahren fest – einschließlich der Verfahrensart, der Kommunikation im Verfahren, der Anforderungen an die Angebotsabgabe sowie der Kriterien für die Angebotswertung. Zudem werden die rechtlichen, technischen und organisatorischen Vorgaben und Prozesse definiert, die eine faire und transparente Durchführung des Verfahrens gewährleisten.

Diese Verfahrensbeschreibung ergänzt die im Amtsblatt der Europäischen Union (TED) veröffentlichte Auftragsbekanntmachung um Angaben zu den Verfahrensregeln, den Anforderungen an die Angebotsabgabe sowie zur Bewertung der Angebote, ersetzt jedoch nicht die in der Auftragsbekanntmachung festgelegten Bestimmungen. Die in diesem Dokument sowie in der Auftragsbekanntmachung beschriebenen Bedingungen sind insgesamt abschließend und für alle Bewerber und Bieter verbindlich.

Das Vergabeverfahren wird im Einklang mit den geltenden rechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Vergabeverordnung (VgV) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), durchgeführt.

1 Allgemeine Informationen

1.1 Auftraggeber

Universitätsklinikum Aachen AöR
Pauwelsstraße 30
52074 Aachen

Das Universitätsklinikum Aachen AöR (genannt Uniklinik RWTH Aachen) ist das Universitätsklinikum der RWTH Aachen und als Anstalt des öffentlichen Rechts in der Trägerschaft des Landes Nordrhein-Westfalen organisiert. Als Krankenhaus der Maximalversorgung mit rund 1.400 Betten und etwa 9.000 Mitarbeitenden gewährleistet es eine umfassende stationäre und ambulante Versorgung auf höchstem Niveau. In seinen Fachkliniken und Instituten verbindet es die Krankenversorgung eng mit Forschung und Lehre der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen.

1.2 Beschaffungsdienstleister

BGmed - BGmed - Dipl.-Inform. Med. Bernhard Greis
Buchholzer Straße 86
53639 Königswinter

BGmed (Dipl.-Inform. Med. Bernhard Greis) ist vom Auftraggeber mit der operativen Durchführung und fachlichen Begleitung des Vergabeverfahrens beauftragt. Der Beschaffungsdienstleister übernimmt im Auftrag des Auftraggebers insbesondere die verfahrensorganisatorische Abwicklung über die Vergabepattform, koordiniert die Kommunikation mit den Bewerbern und Bietern und stimmt sämtliche verfahrensrelevanten Inhalte mit dem Projektteam des Auftraggebers ab.

1.3 Auftragsgegenstand

Der Auftrag umfasst die Beschaffung und Implementierung eines skalierbaren, hochverfügbaren und leistungsstarken Enterprise PACS (nachfolgend „E-PACS“), das den steigenden Anforderungen der digitalen Bildverarbeitung gerecht wird. Mit dem E-PACS soll eine moderne Plattform für das klinikumsweite Management von DICOM- und Non-DICOM-Daten geschaffen werden, das sowohl die heutigen klinischen Anforderungen als auch zukünftige Entwicklungen in Medizin, Forschung und Informationstechnologie nachhaltig unterstützt. Das neue E-PACS soll einheitliche Workflows für die klinische Versorgung, Forschung, Lehre und Patientenbeteiligung abbilden und sich über standardisierte Schnittstellen in die klinischen Informationssysteme des UKA integrieren.

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

Die für die Einführung und den Betrieb des Gesamtsystems „E-PACS“ erforderlichen Lieferungen und Leistungen werden als einheitlicher Auftragsgegenstand an einen Auftragnehmer vergeben.

Zur vertragsrechtlich sachgerechten Abbildung der verschiedenen Leistungsbestandteile wird der einheitliche Leistungsgegenstand in zwei zusammengehörenden und sich gegenseitig ergänzenden Vertragsverhältnissen geregelt.

Gegenstand des EVB-IT Systemvertrages sind die Leistungen zur Erstellung, Implementierung und Inbetriebnahme des Gesamtsystems E-PACS einschließlich der zugehörigen Systemserviceleistungen für die nicht cloudbasierten Systembestandteile nach der Inbetriebnahme.

Gegenstand des EVB-IT Cloudvertrages sind die cloudbasierten Leistungen, insbesondere die Bereitstellung und der Betrieb der vereinbarten Cloud-Komponenten einschließlich der hierzugehörigen Support-, Betriebs- und sonstigen Serviceleistungen.

Beide Vertragsverhältnisse bilden zusammen die vertragliche Grundlage für das einheitliche Gesamtsystem E-PACS.

Beide Verträge haben jeweils eine Laufzeit von 5 Jahren und können seitens des AG mindestens fünfmal um jeweils 1 Jahr verlängert werden.

Die Beschreibung der Ausgangslage sowie die Anforderungen an das Gesamtsystem und die Dienst- und Systemserviceleistungen können dem Dokument 01 Leistungsbeschreibung entnommen werden.

2 Vergabeverfahren

2.1 Vergabeverordnung und Verfahrensart

Der Auftraggeber führt das Verfahren als EU-weites Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 17 VgV durch. Dabei werden die Vorgaben des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) beachtet.

2.2 Veröffentlichung

Bekanntmachung im EU-Amtsblatt (TED) gemäß § 37 VgV: Die Übermittlung der Bekanntmachung an den nationalen Bekanntmachungsservice und Vermittlungsdienst „Datenservice Öffentlicher Einkauf (BMI)“ erfolgte am 20.05.2026. Bekanntmachungen werden nach ihrem Eingang beim Amt für Veröffentlichungen innerhalb von fünf Tagen über die TED-Website (Online-Version des Supplements zum Amtsblatt) veröffentlicht.

2.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

Das Vergabeverfahren gliedert sich in zwei Phasen:

1. Teilnahmewettbewerb
 - a. Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung und Aufforderung zur Einreichung eines Teilnahmeantrags bis zum Ablauf der Teilnahmefrist
 - b. Prüfung der Teilnahmeanträge/Bewerber anhand definierter Eignungskriterien
 - c. Begrenzung der Zahl der zur Angebotsabgabe zugelassenen Bieter auf maximal drei Teilnehmer
2. Angebots- und Verhandlungsphase
 - a. Versand der Aufforderung zur Abgabe initialer Angebote an die drei ausgewählten Bieter
 - b. Wertung der eingereichten initialen Angebote
 - c. Durchführung von technischen Klärungsgesprächen
 - d. Durchführung der Assessment-Veranstaltungen
 - e. Einleitung einer ersten Verhandlungsrunde und Versand der Aufforderung zur Abgabe aktualisierter und besserer Angebote. Alternativ und gemäß § 17 Abs. 11 VgV behält sich der Auftraggeber das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote (Angebote der initialen Angebotsphase) zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.
 - f. Nach Abschluss der Angebotsprüfung erfolgt die Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Angebot.

2.4 Vergabeunterlagen

Die folgenden Vergabeunterlagen werden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt:

Allgemeine Vergabeunterlagen:

- Verfahrensbeschreibung/Verfahrensbedingungen (vorliegendes Dokument)
- Terminübersicht
- Liste einzureichender Unterlagen Teilnahmewettbewerb
- Liste einzureichender Unterlagen Verhandlungsverfahren*
- Informationen zum Assessment*

Formblätter und Nachweisdokumente:

- Formblatt 01 – Teilnahmeantrag
- Formblatt 02.1 - Eigenerklärung zur Eignung
- Formblatt 02.2 - Eigenerklärung zur Eignung – Referenzprojekte

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

- Formblatt 03 - Verzeichnis anderer Unternehmen nach § 47 VgV
- Formblatt 04 - Verpflichtungserklärung anderes Unternehmen nach § 47 VgV
- Formblatt 05 - Erklärung Bietergemeinschaft
- Formblatt 06 - Eigenerklärung RUS bzgl. Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576
- Formblatt 07 - Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen nach § 36 VgV*
- Formblatt 08 - Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer nach § 36 VgV*

Vertragsunterlagen:

- Dokument 01 Leistungsbeschreibung
- Dokument 02 Allgemeine Vertragsbedingungen VOL/B
- Dokument 03 Allgemeine Geschäftsbedingungen UKA
- Dokument 04.1 EVB-IT Systemvertrag (Mustervorlage)*
- Dokument 04.2 EVB-IT System-AGB*
- Dokument 04.3 EVB-IT Cloudvertrag*
- Dokument 04.4 EVB-IT Cloud AGB*
- Dokument 05.1 AV Vertrag*
- Dokument 05.2 AV Vertrag - Anlage 01 - Bedingungen zur Auftragsverarbeitung*
- Dokument 05.3 AV Vertrag - Anlage 02 - Checkliste TOMs*
- Dokument 06 Ergänzende Vertragsbedingung Cyberangriff*
- Dokument 07 Rollen- und Verantwortungsmatrix (RACI-Matrix)*
- Anlage 01 Formblatt zur Angebotsabgabe*

(* wird mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellt)

Vertragsunterlagen werden Bestandteil des späteren Vertragsverhältnisses zwischen dem Auftraggeber und dem erfolgreichen Bieter.

2.5 Vergabeplattform und Kommunikation

Die Bereitstellung der Vergabeunterlagen, die Kommunikation im Vergabeverfahren sowie die Einreichung von Teilnahmeanträgen und Angeboten finden ausschließlich über die Vergabeplattform DTVP (www.dtv.de) statt.

Alle Vergabeunterlagen stehen auf der Vergabeplattform zum Download bereit und Bewerber und Bieter sind selbst dafür verantwortlich, sich regelmäßig über Aktualisierungen oder Änderungen der Vergabeunterlagen zu informieren (Holschuld). Fragen zum Vergabeverfahren sind innerhalb der gesetzten Fristen gemäß § 12 VgV ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Anfragen auf anderem Wege, insbesondere per E-Mail oder Telefon, werden nicht berücksichtigt. Die Registrierung, das Herunterladen der Vergabeunterlagen, die Kommunikation sowie alle

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

weiteren Vorgänge im Verfahren (Einreichung Teilnahmeanträge, Angebote etc.) sind für die Bieter jederzeit gebührenfrei.

Bei technischen Störungen ist die Serviceabteilung des Vergabeportalbetreibers DTVP zu kontaktieren:

Service-Telefonnummer: 0900-1-267463 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Support-Center <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

2.6 Sprache

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Teilnahmeanträge/Angebote müssen (abgesehen von Zertifikaten, Konformitätserklärungen etc.) in deutscher Sprache verfasst sein. Die Verwendung fremdsprachiger Fachbegriffe ist zulässig.

3 Verfahrensbedingungen

3.1 Teilnahme- und Angebotsbedingungen

Die Teilnahme- und Angebotsbedingungen können dem Kapitel 4 und dem Kapitel 5 jeweils in Verbindung mit der Auftragsbekanntmachung sowie der Liste einzureichender Unterlagen entnommen werden.

3.2 Verschwiegenheitserklärung und Vertraulichkeit

Die vollständigen Vergabeunterlagen sind vertraulich zu behandeln und bleiben Eigentum des Auftraggebers. Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Teilnahmeantrags/Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung und Weitergabe an Dritte – auch auszugsweise – oder jede Nutzung für andere Zwecke ist ohne die ausdrückliche schriftliche Genehmigung des Auftraggebers nicht gestattet. Wird kein Angebot abgegeben oder ist der Bieter im Vergabeverfahren unterlegen, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Das von den Bietern beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle vom Bieter im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten oder einbezogenen andere Unternehmen (Unterauftragnehmer/Eignungsleihe).

3.3 Ergänzungen / Überarbeitungen der Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, die Vergabeunterlagen in jeder Stufe des Verfahrens zu ergänzen und zu berichtigen. Aktualisierte Vergabeunterlagen werden über die Vergabeplattform - auf dem gleichen Weg wie die ursprünglichen Vergabeunterlagen - bereitgestellt. Es liegt in der Verantwortung der Bewerber und Bieter, sich regelmäßig über mögliche Änderungen zu informieren (Holschuld).

3.4 Gewährleistungsausschluss

Es wird darauf hingewiesen, dass die Vergabeunterlagen eventuell unzutreffende oder unvollständige Angaben enthalten können. Bewerber/Bieter haben die Vergabeunterlagen samt Verfahrensbedingungen, Teilnahme- und Angebotsbedingungen sowie die Anforderungen an die zu erbringenden Liefer- und Dienstleistungen entsprechend zu prüfen.

Enthalten die Vergabeunterlagen oder sonstige Informationen Unklarheiten oder mögliche Verstöße gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber/Bieter den Auftraggeber vor der Teilnahmeantragsstellung/Angebotsabgabe unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf der Frist für Bewerber-/Bieterfragen schriftlich gemäß Kapitel 2.5, darauf hinzuweisen. Anderenfalls kann sich der Bewerber/Bieter auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten hat der Bieter als von ihm zu tragende Risiken in sein Angebot einzukalkulieren.

Ein Bewerber/Bieter bestätigt mit seinem Teilnahmeantrag/Angebot, sich ausreichend über die tatsächlichen Voraussetzungen informiert zu haben und erkennt an, dass der Auftraggeber keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Unterlagen und Informationen übernimmt und ihm insoweit keine Schadensersatzansprüche zustehen.

3.5 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Bieter, die sich durch Doppelbewerbungen und/oder Parallelangebote mehrfach an diesem Vergabeverfahren beteiligen, müssen auf Anforderung durch den Auftraggeber nachvollziehbar darlegen und nachweisen, dass ein Verstoß gegen den geheimen Wettbewerb ausgeschlossen werden kann. Führt der Bewerber/Bieter den vorstehend verlangten Nachweis nicht oder nicht ausreichend, wird vermutet, dass durch seine Mehrfachbeteiligung im Vergabeverfahren der geheime Wettbewerb verletzt ist. In diesem Fall werden beide Angebote des Bieters auf Grund vergaberechtsrelevanter Mehrfachbeteiligungen ausgeschlossen, da sie zu einem Verstoß gegen den geheimen Wettbewerb führen.

3.6 Entschädigung

Für die Erstellung der Teilnahmeanträge/Angebote wird den Bewerbern/Bietern keine Entschädigung gewährt.

Für den Fall, dass die Ausschreibung aufgehoben wird, sind - soweit rechtlich zulässig - Entschädigungsansprüche des Bieters ausgeschlossen.

3.7 Aufhebung des Verfahrens

Der Auftraggeber behält sich gem. § 63 Abs. 1 VgV vor, das Verfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn:

- kein Angebot eingegangen ist, das den Bedingungen entspricht,
- sich die Grundlage des Vergabeverfahrens wesentlich geändert hat,
- kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde oder
- andere schwerwiegende Gründe bestehen.

3.8 Bewerber-/Bietergemeinschaften

Neben Einzelbewerbern/Einzelbieter sind auch Bewerber-/Bietergemeinschaften zulässig. Der Begriff der Bewerber-/ Bietergemeinschaft erfasst den Zusammenschluss mehrerer selbstständiger Unternehmen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, den Auftrag zu erhalten und nach erfolgreichem Vertragsabschluss als Arbeitsgemeinschaft durchzuführen. Bewerber-/Bietergemeinschaften sind zugelassen, soweit sie wettbewerbsrechtlich zulässig sind. Es gibt keine Vorgaben über die Rechtsform der Bewerber-/Bietergemeinschaft.

Bei Bewerbergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise nach Maßgabe des Formblatts 02.1 Eigenerklärung zur Eignung vorzulegen. Grundsätzlich gilt: Das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB hat jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft vollständig zu belegen. Die Leistungsfähigkeit und Fachkunde muss für die Bietergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden.

Die Bildung bzw. Änderung (z.B. durch Erweiterung, Austausch oder Wegfall von Mitgliedern) einer Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahme-/Angebotsfrist ist unzulässig.

Die Bewerber-/Bietergemeinschaft kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn sie nachweist, dass ihr die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. In diesem Zusammenhang ist das Kapitel 3.9.2 zu beachten.

Die Bildung oder Änderung einer Bewerber-/Bietergemeinschaft nach Ablauf der Teilnahme- oder Angebotsfrist ist unzulässig.

3.9 Unterauftragnehmer und andere Unternehmen

Zu beachten sind die nachfolgenden Hinweise und Bedingungen zu Unterauftragnehmern/ Unterauftragnehmerleistungen nach § 36 VgV sowie zu anderen Unternehmen i. S. d. § 47 VgV (Eignungsleihe).

3.9.1 Unterauftragnehmer (§ 36 VgV)

Unterauftragnehmer i. S. d. § 36 VgV sind rechtlich selbstständige Unternehmen, die Teile der ausgeschriebenen Leistung für den Hauptauftragnehmer erbringen. Unterauftragnehmer werden nicht Vertragspartner des öffentlichen Auftraggebers. Der Hauptauftragnehmer ist für die Vertragserfüllung gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber allein verantwortlich. Unterauftragnehmer müssen über die erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit verfügen und dürfen nicht nach den §§ 123, 124 GWB ausgeschlossen worden sein.

Falls vom Bewerber/Bieter beabsichtigt wird Teile des Auftrages im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte gem. § 36 VgV zu vergeben, sind die Teile des Auftrags, welche der Bewerber/Bieter unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt, mit dem Angebot mittels des Formblattes „Verzeichnis Unterauftragnehmerleistungen nach § 36 VgV“ vorzulegen. Die Benennung der Unterauftragnehmer und die Abgabe von Verpflichtungserklärungen, dass die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen werden, ist innerhalb von sieben Kalendertagen nach Anforderung des Auftraggebers während der Angebotsauswertungsphase mittels Formblattes „Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer nach § 36 VgV“ von jedem Unterauftragnehmer vorzulegen (vgl. Liste einzureichender Unterlagen).

3.9.2 Eignungsleihe (§ 47 VgV)

Bei der Eignungsleihe stellt ein anderes Unternehmen seine wirtschaftliche, finanzielle oder technische Leistungsfähigkeit zur Verfügung, damit sich der Bewerber/Bieter darauf berufen kann. Anders als Unterauftragnehmer ist der Eignungsverleiher unmittelbar für die Erfüllung der übernommenen Anforderungen verantwortlich.

Ein Bewerber/Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Sofern sich der Bewerber bei der Ausführung der Leistung/von Leistungsteilen der Fähigkeiten/Ressourcen anderer Unternehmen bedienen will,

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

sind die Eignungsverleiher bereits mit Abgabe des Teilnahmeantrags abschließend zu benennen sowie Art und Umfang der von ihnen jeweils auszuführenden Leistungen bzw. Leistungsteile anzugeben (vgl. Liste einzureichender Unterlagen). In diesen Fällen ist vom Bewerber nachzuweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er von jedem Eignungsverleiher i. S. d. § 47 VgV eine entsprechende Verpflichtungserklärung vorlegt (vgl. Liste einzureichender Unterlagen).

4 EU-weiter Teilnahmewettbewerb

Der EU-weite öffentliche Teilnahmewettbewerb stellt die erste Phase des Vergabeverfahrens dar. Interessierte Unternehmen (Bieter/Bietergemeinschaften) werden mit der Auftragsbekanntmachung aufgefordert (Aufruf zum Wettbewerb), bis zum Ablauf der Teilnahmefrist einen Teilnahmeantrag einzureichen, um sich damit um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu bewerben.

4.1 Teilnahmebedingungen

Die Teilnahmebedingungen, die geforderten Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen können der Auftragsbekanntmachung in Verbindung mit der Liste einzureichender Unterlagen entnommen werden.

4.1.1 Nachweis der Eignung und Eignungskriterien

Gemäß § 122 GWB in Verbindung mit §§ 44, 45, 46 VgV fordert der Auftraggeber diverse Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen. Diese sind teilweise mittels der zur Verfügung gestellten Formblätter und teilweise formlos als Anlage einzureichen. Der *Liste einzureichender Unterlagen TNW* kann entnommen werden, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt im Verfahren die Unterlagen einzureichend sind. Teilnahmeanträge, die auf der Grundlage der Geschäftsbedingungen des Bewerbers erfolgen, werden nicht berücksichtigt.

Nachfolgend sind nur die Mindestanforderungen an die wirtschaftliche, technische sowie personelle und organisatorische Leistungsfähigkeit aufgeführt. Die Form der Einreichung sowie alle weiteren geforderten Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen sind der Auftragsbekanntmachung i. V. m. der Liste einzureichender Unterlagen zu entnehmen.

1. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
 - a. Mittelwert des Netto-Umsatzes in dem Tätigkeitsbereich des Auftrages für die Jahre 2023, 2024 und 2025 = größer gleich (mindestens) 12 Mio. Euro
2. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
 - a. Angabe von drei einschlägigen Referenzprojekten im Bereich des Auftrages, die jeweils mindestens über die nachfolgenden Merkmale verfügen

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

- i. Ausführung in einem Universitätsklinikum
 - ii. Ausführung in EU oder USA
 - iii. Inbetriebnahme des neuen PACS nicht vor dem 01.03.2023
 - iv. Migration im laufenden Klinikbetrieb von einem Vorgänger-PACS zu dem neuen PACS
 - v. Interdisziplinäre produktive Nutzung des PACS durch Radiologie, Neuroradiologie, Nuklearmedizin, Kardiologie und weitere Fachbereiche mit eigener Bildgebung
 - vi. Lokal installierbarer diagnostischer PACS-Viewer im Produktivbetrieb
 - vii. Browserbasierter klinischer, Enterprise- oder Zero-Footprint-Viewer im Produktivbetrieb
 - viii. Offene Herausgabe, Migration und Weiterverwendung sämtlicher PACS-Daten ohne Vendor Lock-in
 - ix. KIS-Integration
 - x. RIS-Integration
 - xi. PACS-Aufruf aus KIS, RIS oder ZIS im Patienten- und Untersuchungskontext
 - xii. Strukturierte, unterbrechungsarme oder inkrementelle Altdatenmigration im laufenden Betrieb
3. Personelle und organisatorische Leistungsfähigkeit
- a. Benennung eines Projektleiters mit nachgewiesener Expertise (mindestens 5 Jahre Erfahrung in leitender Position bei PACS-Implementierungen in vergleichbaren Institutionen).
 - b. Nachweis eines allgemeinen Support- und Servicekonzepts

Bewerber, die die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die Auswahl unter den geeigneten Bewerbern erfolgt gemäß Kapitel 4.3.3.

4.1.2 Inhalt und Form des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag muss vollständig sein und alle geforderten Unterlagen (inkl. der geforderten Erklärungen, Nachweise und Bescheinigung) entsprechend der Liste einzureichender Unterlagen enthalten sowie form- und fristgerecht bis zu der in Kapitel C.2.1 beschriebenen Frist eingereicht werden.

Für die Teilnahmeantragstellung sind die zur Verfügung gestellten Formblätter zu benutzen. Die Verwendung selbst gefertigter Vordrucke oder anderweitiger Dokumente ist für Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen, welche mittels eines Formblatts einzureichend sind, unzulässig und kann zum Ausschluss führen. Eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) sind nicht zulässig und dürfen dem Teilnahmeantrag nicht beigelegt werden.

Alle einzureichenden Unterlagen sind als einzelne Dateien hochzuladen. **Von Zip-Files ist auf Grund des elektronischen Submissionsprotokolls zwingend abzusehen.**

4.2 Einreichung des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag ist elektronisch über die Vergabeplattform bis zum Ablauf der in Kapitel 4.2.1 genannten Teilnahmefrist einzureichen.

Nach dem Eingang eines Teilnahmeantrags wird dieser mit einem elektronischen Zeitstempel versehen und bis zum Ende der Teilnahmefrist verschlüsselt gehalten. Eine anderweitige Übermittlung (z.B. per E-Mail) ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des Teilnahmeantrags.

Sollte der Absender des Teilnahmeantrags im Vergabeportal keine eindeutige Bestätigung über die vollständige Übermittlung der Teilnahmeantragsunterlagen vorfinden oder sollten sonstige technische Störungen auftreten, ist die Serviceabteilung des Vergabeportalbetreibers DTVP zu kontaktieren.

Service-Telefonnummer: 0900-1-267463 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Support-Center <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

4.2.1 Schlusstermin für die Einreichung von Teilnahmeanträgen (Teilnahmefrist)

Es gelten die folgenden verbindlichen Termine und Fristen:

Schlusstermin für die Einreichung von Teilnahmeanträgen (Teilnahmefrist):

Montag, 22.06.2026, 12:00 Uhr

Danach eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Frist für die Einreichung von Aufklärungsfragen zum Teilnahmewettbewerb:

Montag, 15.06.2026

Nach diesem Termin eingereichte Aufklärungsfragen werden u. U. nicht mehr beantwortet.

4.2.2 Berichtigung/Änderung/Rücknahme eines Teilnahmeantrags

Berichtigungen und Änderungen des Teilnahmeantrags sind bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie der Teilnahmeantrag selbst. Bei

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

Abgabe eines überarbeiteten Teilnahmeantrags ist eindeutig klarzustellen, in welchem Umfang der vorherige Teilnahmeantrag gültig ist. Die Rücknahme eines Teilnahmeantrags ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist zulässig. Sie hat in der gleichen Form wie die Abgabe des Teilnahmeantrags zu erfolgen.

4.3 Prüfung der Teilnahmeanträge und Auswahl der Bewerber

4.3.1 Formale Prüfung

Nach Ablauf der Frist für die Einreichung von Teilnahmeanträgen prüft der Auftraggeber gemäß § 122 GWB, ob Ausschlussgründe nach § 123/124 GWB vorliegen und ob die Teilnahmeanträge form- und fristgerecht eingereicht wurden (vgl. §§ 42ff, 53, 57 VgV).

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 56 Abs. 2, Abs. 4 VgV fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise sowie fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen bis zum Ablauf einer angemessenen, im Einzelfall zu bestimmenden, Nachfrist nachgefordert werden können. Falls eine Nachforderung nicht möglich ist oder Mängel nicht behoben werden, wird der Bewerber vom Verfahren ausgeschlossen.

4.3.2 Inhaltliche Eignungsprüfung

Sofern die einzureichenden Unterlagen die geforderten Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen enthalten und die Einreichung form- und fristgerecht erfolgte, findet eine inhaltliche Prüfung des Teilnahmeantrags statt. Dabei wird geprüft, ob die eingereichten Unterlagen die Zuverlässigkeit und die hinreichende Eignung des Bewerbers für die Ausführung des Auftrags belegen und die Prognose stützen, dass er die ausgeschriebenen Leistungen vertragsgerecht erbringen kann.

4.3.3 Begrenzung der Bewerberzahl

Sollten sich mehr zuverlässige und geeignete Bewerber als die in der Auftragsbekanntmachung angegebene Höchstzahl (drei) um die Teilnahme am Verhandlungsverfahren beworben haben, so wird die Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, beschränkt.

Dazu werden die Teilnahmeanträge zuverlässiger/geeigneter Bewerber hinsichtlich der angegebenen Referenzprojekte Nr. 1-3 bewertet.

Maßgeblich für die Bewertung ist die Einschlägigkeit und Vergleichbarkeit der angegebenen Referenzprojekte mit dem Auftragsgegenstand gemäß Leistungsbeschreibung (Dokument 01):

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

- **Hohe Vergleichbarkeit:** Das Referenzprojekt weist eine hohe Vergleichbarkeit hinsichtlich des beschriebenen Leistungsumfanges auf (vgl. Formblatt 02.2). Das klinische Umfeld, in welchem das Referenzprojekt umgesetzt wurde, ist mit dem des Auftraggebers stark vergleichbar.
- **Mittlere Vergleichbarkeit:** Das Referenzprojekt weist eine mittlere Vergleichbarkeit hinsichtlich des beschriebenen Leistungsumfanges auf (vgl. Formblatt 02.2). Das klinische Umfeld, in welchem das Referenzprojekt umgesetzt wurde, ist mit dem des Auftraggebers nur teilweise vergleichbar.
- **Geringe Vergleichbarkeit:** Das Referenzprojekt weist eine geringe Vergleichbarkeit hinsichtlich des beschriebenen Leistungsumfanges auf (vgl. Formblatt 02.2). Das klinische Umfeld, in welchem das Referenzprojekt umgesetzt wurde, ist mit dem des Auftraggebers nicht oder nur geringfügig vergleichbar.

Die genauen Bewertungsmaßstäbe und Anforderungen an die Referenzprojekte können dem *Formblatt 02.2* entnommen werden.

Die drei Bewerber mit den bestbewerteten Referenzprojekten werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

Erreichen mehrere Bewerber nach der Bewertung der Referenzprojekte die gleiche Punktzahl und würde hierdurch die festgelegte Höchstzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber überschritten, entscheidet unter den punktgleichen Bewerbern das Los. Der Losentscheid wird in einem dokumentierten Verfahren durchgeführt.

4.3.4 Ausschluss nicht qualifizierter Bewerber

Bewerber, die die Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden nicht zur Angebotsphase zugelassen.

Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB:

- Bewerber, die rechtskräftig wegen Korruption, Betrug oder anderen schweren Vergehen verurteilt wurden
- Bewerber, die ihren steuerlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind
- Bewerber, die falsche Erklärungen abgegeben oder Nachweise gefälscht haben

Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB:

- Bewerber, deren wirtschaftliche oder finanzielle Lage Zweifel an der Vertragserfüllung begründet

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

- Bewerber, die nachweislich gegen arbeitsrechtliche oder umweltrechtliche Vorschriften verstoßen haben
- Bewerber, die sich durch Mehrfachbewerbungen wettbewerbswidrig verhalten (siehe Kapitel 3.5).

Prüfung und Konsequenzen:

- Falls formale oder inhaltliche Unklarheiten in den Unterlagen bestehen, kann eine Nachforderung gemäß § 56 VgV erfolgen.
- Bewerber, die nach der Prüfung als nicht geeignet gelten, werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen und darüber informiert.
- Ein Ausschluss kann jederzeit erfolgen, falls sich während des Verfahrens neue Erkenntnisse über die fehlende Eignung eines Bewerbers ergeben.

5 Angebots- und Verhandlungsphase

Die Angebots- und Verhandlungsphase stellt die zweite Phase des Vergabeverfahrens dar. Es erfolgt der Versand der Aufforderung zur Einreichung eines Erstangebots an die geeigneten (ggf. gemäß Abschnitt 4.3.3 ausgewählten) Unternehmen.

5.1 Angebotsbedingungen / Anforderungen an das Angebot

Die Angebotsbedingungen, die geforderten Erklärungen, Nachweise und Bescheinigungen können der *Leistungsbeschreibung*, dem *Formblatt zur Angebotsabgabe* in Verbindung mit der *Liste einzureichender Unterlagen Angebotsphase* entnommen werden.

5.1.1 Angebotserstellung und Vertragsunterlagen

Das Angebot ist auf Basis der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Vertragsunterlagen zu erstellen (vgl. Kapitel 2.4).

5.1.2 Inhalt und Form des Angebots

Das Angebot muss vollständig sein und alle geforderten Unterlagen enthalten sowie form- und fristgerecht bis zum Ablauf der in Kapitel 5.2.1 beschriebenen Angebotsfrist eingereicht werden. Der *Liste einzureichender Unterlagen Angebotsphase* kann entnommen werden, in welcher Form und zu welchem Zeitpunkt im Verfahren die jeweiligen Unterlagen einzureichend sind.

Für die Angebotserstellung ist das mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe zur Verfügung gestellte Formblatt sowie das Bietertool im Vergabeportal zu benutzen. Andere Angebotsformate sind unzulässig und führen ggf. zum Ausschluss im Verfahren.

Das Angebot muss alle nachgefragten Leistungen vollständig umfassen, alle geforderten Preisangaben enthalten, den geltenden gesetzlichen Anforderungen sowie den behördlichen Vorgaben entsprechen.

Unzulässige Änderungen oder nicht vorgesehene Ergänzungen der Vergabeunterlagen können zum Ausschluss des Angebotes führen. Insbesondere ist das Beifügen von eigenen allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters nicht zulässig.

5.1.3 Nebenangebote, mehrere Hauptangebote

Nebenangebote/Varianten/Alternativangebote sind nicht zugelassen. Die Abgabe von zwei Hauptangeboten ist grundsätzlich zulässig, sofern diese sich in technischer Hinsicht voneinander

unterscheiden. Hauptangebote, welche sich technisch nicht unterscheiden und lediglich preisliche/kaufmännische Unterschiede aufweisen sind unzulässig.

5.1.4 Vertragsbestandteile

Im Auftragsfall stellen die Vertragsunterlagen (Kapitel 5.1.1) sowie die gemäß der *Liste einzureichender Unterlagen Angebotsphase* vom Bieter selbst erstellten und mit dem Angebot eingereichten Unterlagen die Vertragsbestandteile dar.

5.2 Einreichung des Angebots

Das Angebot ist elektronisch über das Vergabeportal DTVP bis zum Ablauf der in Kapitel D.2.1 beschriebenen Frist einzureichen. Eine anderweitige Übermittlung (z.B. per E-Mail) ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des Angebots.

Alle einzureichenden Unterlagen sind als einzelne Dateien hochzuladen. **Von Zip-Files ist auf Grund des elektronischen Submissionsprotokolls zwingend abzusehen.**

Sollte der Absender des Angebots im Vergabeportal DTVP keine eindeutige Bestätigung über die vollständige Übermittlung der Angebotsunterlagen vorfinden oder sollten sonstige technische Störungen auftreten, ist die Serviceabteilung des Vergabeportalbetreibers DTVP zu kontaktieren.

Service-Telefonnummer: 0900-1-267463 (1,49 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunkkosten können abweichen)

Support-Center <https://support.cosinex.de/unternehmen/>

5.2.1 Schlusstermin für die Einreichung von Angeboten (Angebotsfrist)

Die Angebotsfrist für den Eingang der Erstangebote gemäß § 17 (6) VgV in Verbindung mit § 17 (9) VgV wird den Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe des ersten Angebotes mitgeteilt. Nach dem Eingang eines Angebotes wird dieses mit einem elektronischen Zeitstempel versehen und bis zum Ende der Angebotsfrist verschlüsselt gehalten. Die Angebotsöffnung findet nicht im Beisein der Bieter statt.

Die Frist für Bieterfragen beginnt mit der Angebotsfrist und endet 7-10 Tage vor Ablauf der Angebotsfrist. Die genaue Frist für Bieterfragen wird den Bietern ebenfalls mit der Aufforderung zur Abgabe des ersten Angebotes mitgeteilt.

5.2.2 Berichtigung/Änderung/Rücknahme eines Angebots

Berichtigungen und Änderungen des Angebots sind bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie das Angebot selbst. Bei Abgabe eines überarbeiteten Angebots ist eindeutig klarzustellen, in welchem Umfang das vorherige Angebot gültig ist. Die Rücknahme eines Angebots ist bis zum Ablauf der Angebotsfrist zulässig. Sie hat in der gleichen Form wie die Abgabe des Angebots zu erfolgen.

5.3 Prüfung und Wertung eingegangener Angebote

Die Prüfung und Wertung eingegangener Angebote finden in vier Stufen statt.

5.3.1 Formale und inhaltliche Prüfung des Angebots

Das Angebot wird hinsichtlich des Bestehens etwaiger Ausschlussgründe gemäß § 57 VgV i. V. m. §§ 53, 56 VgV geprüft.

Von der Wertung ausgeschlossen werden Angebote von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Angebote, die nicht den Erfordernissen des § 53 genügen, insbesondere:

1. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
2. Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
3. Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
4. Angebote, bei denen Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,
5. Angebote, die nicht die erforderlichen Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen, oder
6. nicht zugelassene Nebenangebote

Zudem wird geprüft:

- ob das Angebot fachlich richtig ist (Fachlich richtig ist ein Angebot, wenn die technischen Angebotsinhalte den Anforderungen in der Ausschreibung entsprechen)
- ob es Anhaltspunkte für eine wettbewerbsbeschränkende Abrede gibt (z.B. gleich gestaltete Angebote bei Schwesterunternehmen o.a.)

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 56 Abs. 2, Abs. 4 VgV fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben,

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

Bescheinigungen oder sonstige Nachweise sowie fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen bis zum Ablauf einer angemessenen Nachfrist nachgefordert werden können.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Nachforderung von Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen ist (§ 56 Abs. 3 VgV). Leistungsbezogene Unterlagen und Preisangaben, die im Angebot fehlen, können nur ausnahmsweise unter den Voraussetzungen von § 56 Abs. 3 VgV nachgefordert werden. Auf § 56 Abs. 3 VgV wird Bezug genommen

5.3.2 Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung findet in der ersten Phase des Vergabeverfahrens statt (vgl. Kapitel 4.3.2). Vom Bieter sind Eignungsnachweise (Erklärungen, Nachweise, Bescheinigungen) mit dem Angebot vorzulegen, sofern sich Änderungen/Ergänzungen gegenüber den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs vorgelegten Eignungsnachweisen ergeben.

Eine erneute Eignungsprüfung findet insoweit nur statt

- wenn durch die Angaben in den Angeboten hierzu Anlass gegeben wird
- der Bieter mit dem Angebot erneut Eignungsnachweise vorlegt, welche Änderungen/Ergänzungen zu den mit dem Teilnahmewettbewerb vorgelegten Eignungsnachweisen aufweisen
- der Auftraggeber anderweitig von Umständen erfährt, die die Eignung der ausgewählten Bieter wieder in Frage stellen

Ergeben sich aus der Überprüfung der vom Bieter vorgelegten Erklärungen, Nachweise und Bestätigungen für den Auftraggeber begründete Zweifel an der Eignung des Bieters, erfolgt eine entsprechende Aufklärung.

5.3.3 Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebotspreise

Erscheint der Preis eines Angebotes im Verhältnis zur erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig und nicht angemessen, so erfolgt die Aufklärung und Prüfung nach Maßgabe von § 60 VgV.

5.3.4 Wirtschaftlichkeitswertung anhand der Zuschlagskriterien

In der vierten Stufe erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes durch eine vergleichende Betrachtung der Angebote nach § 58 VgV i. V. m. § 127 GWB anhand folgender Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterium Nr.	Beschreibung	Gewicht	Erreichbare Punkte
Zuschlagskriterium Nr. 1	Preis	40 %	40 Punkte
Zuschlagskriterium Nr. 2	Qualität (technischer Wert)	35 %	35 Punkte
Zuschlagskriterium Nr. 3	Assessment	25 %	25 Punkte
SUMME		100 %	100 Punkte

Zuschlagskriterium Nr. 1 Preis:

Für das Zuschlagskriterium Preis wird eine Wertungssumme Preis gebildet. Maßgeblich sind ausschließlich die vom Bieter im Formblatt zur Angebotsabgabe anzugebenden Netto-Preise sowie, soweit einschlägig, das vom Auftraggeber für die Preiswertung vorgegebene Mengengerüst.

Das Mengengerüst dient ausschließlich der vergleichenden Angebotswertung. Es begründet weder eine Mindestabnahme noch eine Abrufverpflichtung des Auftraggebers und stellt keine Begrenzung des tatsächlichen Leistungsumfangs dar.

Die technische oder vertragliche Zuordnung einzelner Leistungsbestandteile zu Cloud- bzw. externen Managed-Service-Leistungen ist von der kaufmännischen Zuordnung der Vergütung zu unterscheiden. Die eindeutig einer abrechnungsrelevanten DICOM Study oder einem Study-Äquivalent zuordenbaren laufenden Kosten der externen Langzeitarchivierung sind Bestandteil der jeweiligen Study-bezogenen Einheitspreise und nicht Bestandteil der allgemeinen jährlichen Cloud-/Managed-Service-Nutzungspauschale.

Die Wertungssumme Preis setzt sich aus den folgenden wertungsrelevanten Preisbestandteilen zusammen:

1. den Einmalkosten des EVB-IT Systemvertrages für die Einführung des Gesamtsystems „E-PACS“,
2. den wertungsrelevanten Kosten des EVB-IT Systemvertrages auf Basis der angebotenen Einheitspreise je DICOM Study, einschließlich der laufenden Kosten der externen Langzeitarchivierung, die der jeweiligen DICOM Study eindeutig zuordenbar sind, multipliziert mit dem vorgegebenen Mengengerüst für die Vertragsjahre 1 bis 5,
3. den wertungsrelevanten Kosten des EVB-IT Systemvertrages auf Basis der angebotenen Einheitspreise je Study-Äquivalent für Standalone Non-DICOM-Objekte, einschließlich der laufenden Kosten der externen Langzeitarchivierung, die dem jeweiligen Study-

Verfahrensbeschreibung und Verfahrensbedingungen

2026.02 Beschaffung und Implementierung eines Enterprise PACS an der Uniklinik RWTH Aachen

Äquivalent eindeutig zuordenbar sind, multipliziert mit dem vorgegebenen Mengengerüst für die Vertragsjahre 1 bis 5,

4. den wertungsrelevanten Kosten für Sonderfälle sehr großer Videodaten gemäß Dokument 01, Abs. 5.1.4, einschließlich der laufenden Kosten der externen Langzeitarchivierung dieser Sonderfalldaten, auf Basis der angebotenen Einheitspreise in €/TB/Jahr, multipliziert mit den im Preisblatt vorgegebenen Bewertungsmengen in TB für die Vertragsjahre 1 bis 5,
5. den einmaligen initialen Preisen des EVB-IT Cloudvertrages für Bereitstellungs-, Einrichtungs-, Konfigurations-, Anbindungs-, Test-, Übergangs- und Inbetriebnahmeleistungen,
6. den wertungsrelevanten jährlichen Nutzungspauschalen des EVB-IT Cloudvertrages für die Vertragsjahre 1 bis 5.

Für die Preiswertung wird das folgende Mengengerüst zugrunde gelegt:

zu 2.) Anzahl DICOM Studies pro Vertragsjahr

Vertragsjahr 1: 280.000

Vertragsjahr 2: 294.000

Vertragsjahr 3: 308.700

Vertragsjahr 4: 324.135

Vertragsjahr 5: 340.342

zu 3.) Anzahl Standalone Non-DICOM / Study-Äquivalente pro Vertragsjahr

Vertragsjahr 1: 0

Vertragsjahr 2: 1.000

Vertragsjahr 3: 3.000

Vertragsjahr 4: 5.000

Vertragsjahr 5: 8.000

zu 4.) Datenvolumen sehr großer Videodaten in TB pro Vertragsjahr

Vertragsjahr	Sonderfälle OP-/Endoskopie- daten	Sonderfälle sehr große Echo- /Sono-/vergleichbare Videodaten	Summe
Vertragsjahr 1	0 TB	0 TB	0 TB
Vertragsjahr 2	1,8 TB	1,2 TB	3,0 TB
Vertragsjahr 3	2,4 TB	1,6 TB	4,0 TB
Vertragsjahr 4	3,0 TB	2,0 TB	5,0 TB
Vertragsjahr 5	3,8 TB	2,4 TB	6,2 TB

Zuschlagskriterium Nr. 2 Qualität (technischer Wert):

Für die Wertung der Qualität werden A-, B-, C- und D-Kriterien unterschieden:

- A-Kriterien sind zwingend zu erfüllende Anforderungen und somit Ausschlusskriterien. Wenn ein Angebot ein A-Kriterium nicht erfüllt, wird es ausgeschlossen.
- B-Kriterien sind Bewertungskriterien. Die Angaben der Bieter zu den Leistungsanforderungen werden vergleichend bewertet. Je nachdem, ob ein möglichst hoher oder ein möglichst niedriger Wert besser zu bewerten ist, wird unterschieden zwischen B max und B min:
 - Wertung nach Kriterium B max – möglichst hoher Wert: Bei einer Wertung eines Kriteriums B max erhält das Angebot mit dem höchsten Wert in dem betreffenden Kriterium die maximale Punktzahl. Die anderen Angebote erhalten Punkte nach Maßgabe der Abweichung vom höchsten, angegebenen Wert.
 - Wertung nach Kriterium B min – möglichst niedriger Wert: Bei einer Wertung eines Kriteriums B min erhält das Angebot mit dem niedrigsten Wert in dem betreffenden Kriterium die maximale Punktzahl. Die anderen Angebote erhalten Punkte nach Maßgabe der Abweichung vom niedrigsten, angegebenen Wert.
- C-Kriterien sind geschlossene Ja/Nein-Fragen. Die Bieter können entweder jeweils nur die maximale Punktzahl oder gar keinen Punkt erlangen. Keinen Punkt erhält ein Angebot, wenn zu dem betreffenden Kriterium keine Angabe gemacht oder als Antwort ein „Nein“ angegeben wird. Die Nichterfüllung eines C-Kriteriums führt nicht zum Ausschluss des Angebots.
- D-Kriterien sind Abfragen, die nicht in die Angebotswertung einfließen.

Die Bieter müssen alle Angaben in ihrem Angebot, insbesondere solche zu den A-, B- und C-Kriterien belegen können und eventuelle Nachfragen binnen 10 Kalendertagen beantworten. Weiter werden die Bieterangaben zu den A-, B- und C-Kriterien im Vertrag als zugesicherte Eigenschaften der vertraglichen Leistung vereinbart.

Zuschlagskriterium Nr. 3 Assessment:

Bei dem zu vergebenden Auftrag hat die Qualität des eingesetzten Personals erheblichen Einfluss auf das Niveau der Auftragsausführung und somit auf den Erfolg des PACS-Projektes. Nach dem Eingang der Erstangebote wird mit jedem Bieter eine einheitliche Assessment-Veranstaltung durchgeführt. Dabei wird das mit dem initialen Angebot einzureichende Konzept zur Einführungs- und Migrationsstrategie durch qualifiziertes Fachpersonal des Bieters, das im Auftragsfall zur Auftragsausführung vor Ort eingesetzt werden würde (Projektleiter und stellv. Projektleiter), präsentiert und von einer Jury des AG bewertet. Den Bietern werden mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe die Besetzung der Jury (die die Stellung von Fragen sowie die abschließende Bewertung der Assessments vornehmen und verantworten wird), weitere Informationen zur Organisation, Vorbereitung sowie eine Idealfall-Dokumentation (mit Erreichung der maximal möglichen 25 Punkten) mitgeteilt.

5.3.5 Gewichtung und Skalierung

Zur Sicherstellung der in Kapitel 5.3.4 dargelegten Gewichtung (40:35:25) werden die erreichten Punkte wie folgt skaliert:

- Für das Zuschlagskriterium Nr. 1 Preis erhält das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme Preis die maximal erreichbare Punktzahl von 40 Punkten. Die Punktzahlen der übrigen Angebote werden jeweils proportional zur Differenz zwischen der eigenen Wertungssumme eines Angebots und der niedrigsten Wertungssumme berechnet. Dabei sinkt die Punktzahl mit steigender Wertungssumme. Beträgt die Wertungssumme eines Angebots das Doppelte der niedrigsten Wertungssumme, erhält es 0 Punkte. Beträgt die Wertungssumme eines Angebots mehr als das Doppelte der niedrigsten Wertungssumme, erhält es ebenfalls 0 Punkte. Negative Punkte werden nicht vergeben.

Beispiel:

○ Angebot 1	=	100,00 Euro	=	40,00 Punkte
○ Angebot 2	=	112,00 Euro	=	35,20 Punkte
○ Angebot 3	=	200,00 Euro	=	00,00 Punkte
○ Angebot 4	=	250,00 Euro	=	00,00 Punkte

- Für das Zuschlagskriterium Nr. 2 Qualität/Leistungsverzeichnis erhält das Angebot mit der höchsten Punktzahl die maximal erreichbare Punktzahl von 35 Punkten. Die Punktzahlen der übrigen Angebote werden jeweils proportional zur Differenz zwischen ihrer eigenen Punktzahl und der höchsten erreichten Punktzahl berechnet. Dabei sinkt die Punktzahl mit abnehmender Leistung. Beträgt die Punktzahl eines Angebots die Hälfte der höchsten erreichten Punktzahl, erhält es 0 Punkte. Beträgt die Punktzahl eines Angebots weniger als die Hälfte der höchsten erreichten Punktzahl, erhält es ebenfalls 0 Punkte. Negative Punkte werden nicht vergeben.
- Für das Zuschlagskriterium Nr. 3 Assessment erhält das Angebot mit der höchsten im Assessment erreichten Punktzahl die maximal erreichbare Punktzahl von 25 Punkten. Die Punktzahlen der übrigen Angebote werden jeweils proportional zur Differenz zwischen ihrer eigenen Punktzahl und der höchsten erreichten Punktzahl berechnet. Dabei sinkt die Punktzahl mit abnehmender Leistung. Beträgt die Punktzahl eines Angebots die Hälfte der höchsten erreichten Punktzahl, erhält es 0 Punkte. Beträgt die Punktzahl eines Angebots weniger als die Hälfte der höchsten erreichten Punktzahl, erhält es ebenfalls 0 Punkte. Negative Punkte werden nicht vergeben.

Erreichen mehrere Angebote nach der abschließenden Wertung die gleiche Gesamtpunktzahl und kann hierdurch kein eindeutiger Rangplatz bestimmt werden, entscheidet unter den punktgleichen Angeboten das Los. Der Losentscheid wird in einem dokumentierten Verfahren durchgeführt.

5.4 Weiteres Vorgehen nach der Angebotsprüfung- und wertung

Nachdem die formal- und fristgerecht eingereichten Angebote in der vierten Stufe im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsbewertung anhand der Zuschlagskriterien gewertet wurden, entsteht ein Ranking der eingegangenen Angebote. Der Auftraggeber behält sich die beiden folgenden Vorgehensweisen vor.

Verhandlung und Aufforderung zur Abgabe weiterer Angebote:

Der Auftraggeber kann Verhandlungen der Erstangebote mit den Bietern durchführen, gefolgt von der Aufforderung zur Abgabe weiterer bzw. endgültiger Angebote, die dann erst die Grundlage für die abschließende Angebotswertung und Zuschlagserteilung darstellen. Die Angebotsbedingungen und Anforderungen an die weiteren Angebote entsprechen denen der Erstangebote und können dem Kapitel 5.1 entnommen werden. Eine angemessene Angebotsfrist, welche auch weniger als 30 Kalendertage betragen kann, wird mit den Bietern mit der Aufforderung zur Abgabe weiterer Angebote mitgeteilt. Der Auftraggeber behält sich dabei vor, das Verfahren in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu verhandelnden Angebote abzuwickeln. Die schrittweise Verringerung der zu verhandelnden Angebote pro Verhandlungsrunde um das jeweils wirtschaftlich schlechteste Angebot, erfolgt nach den im Kapitel D.3.4 beschriebenen Zuschlagskriterien.

Auftragserteilung auf Grundlage der Erstangebote:

Alternativ und gemäß § 17 Abs. 11 VgV behält sich der öffentliche Auftraggeber das Recht vor, den Auftrag direkt auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote (Erstangebote) zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen und das Vergabeverfahren hiermit abzuschließen.

5.5 Vergabeentscheidung und Zuschlags-/Auftragserteilung

Nach Abschluss der Angebotsbewertung und unter Berücksichtigung der festgelegten Zuschlagskriterien erfolgt die Vergabeentscheidung. Im Anschluss daran werden alle beteiligten Bieter gemäß § 134 GWB über die beabsichtigte Zuschlagserteilung informiert. Die Mitteilung erfolgt in Form förmlicher Informationsschreiben, die über die Vergabepattform übermittelt werden. Nach dem Versand der Informationsschreiben wird eine gesetzlich vorgeschriebene Wartefrist von zehn Kalendertagen eingehalten. Nach Ablauf der Wartefrist wird der Zuschlag gemäß § 127 GWB dem wirtschaftlichsten Angebot erteilt. Dies beinhaltet die verbindliche Annahme des Angebots durch den Auftraggeber, wodurch der Vertrag zwischen den Parteien rechtswirksam zustande kommt. Der Zuschlag wird schriftlich über die Vergabepattform erteilt und umfasst alle relevanten Vertragsdokumente, die die Leistungserbringung und die vertraglichen Pflichten des Auftragnehmers regeln.